

Protokoll der Sitzung vom 19.06.2023 des Plenums des Runden Tisches für Gleichberechtigung, gegen Rassismus

Gobelinsaal des Rathauses
16.00 bis 17.15

Teilnehmer*innen:

Peyman Javaher-Haghighi, kargah e. V.
Sara Hooke, kargah e. V.
Ingrid Lange, Faust e. V.
Lipi Mahjabin Ahmed, IIK e. V.
Caroline Mehrs, Flüchtlingsrat Niedersachsen
Abdullatif Barghasha, Flüchtlingsrat Niedersachsen
Annika Gießler, JKV Hannover
Ursula Herzog-Karichunke, LHH-SBM Misburg-Anderten
Kurt Niemeyer, Verband binationaler Familien und Partnerschaften e. V.
Bettina Doering, LHH
Dieter Räger, DGB Stadtverband Hannover

TOP 1: Bestimmung der/des Protokollführer:in

Das Protokoll übernimmt Dieter Räger

TOP 2: Begrüßung

Peyman begrüßt die Anwesenden.

Er teilt mit, dass Ingrid Lange der Verdienstorden 1. Klasse verliehen worden ist, auf Empfehlung von Stefan Weil. Ingrid wird den Orden in Kürze aus der Hand von Bundespräsident Steinmeier erhalten.

Die Mitglieder des Runden Tisches gratulieren Ingrid zu dieser Auszeichnung.

TOP 3: Genehmigung des Protokolls der letzten Plenarsitzung am 27.02.2023

Das Protokoll hat nicht alle Mitglieder des Runden Tisches erreicht; der Verteiler muss überprüft werden.

Das Protokoll wird ohne Änderungen einstimmig genehmigt.

TOP 4: Bericht vom Austausch zum Landesantidiskriminierungsgesetz

An der Online-Veranstaltung am 11.05.2023 nahmen 8 Antidiskriminierungsstellen teil, dazu Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind.

Die Antidiskriminierungsstellen stellten ihre Arbeit vor, berichteten über Möglichkeiten und Vorgehensweisen, aber auch über sinnvolle Weiterentwicklungen und die Notwendigkeit besserer finanzieller Ausstattung. Es wurden Bedarfe und Forderungen formuliert.

Zu der Veranstaltung erfolgten positive Rückmeldungen und die Teilnehmenden äußerten den Wunsch, im Bezug auf ein Niedersächsisches Antidiskriminierungsgesetz weiterzuarbeiten.

Eine Folgeveranstaltung ist terminiert für den 13.07.2023 14.00 – 16.00 Uhr.

Es soll versucht werden, Erfahrungen aus Berlin, wo es ein AD-Gesetz gibt, in unsere Diskussion einfließen zu lassen; sowohl bezüglich der Erstellung des Gesetzes als auch der praktischen Arbeit damit. Entsprechend werden Referent*innen aus Berlin für die Veranstaltung gesucht.

Wenn es weitere Ideen, Wünsche etc. zu Inhalt und Ablauf der Video-Konferenz gibt, bitte den Lenkungskreis zeitnah anschreiben.

TOP 5: Chancenaufenthaltsrecht: zur Umsetzung in Hannover

Caroline Mehls und Abdullatif Barghasha vom Flüchtlingsrat berichten:

Eine wesentliche Tätigkeit des Flüchtlingsrates ist es, „geduldete“ Personen zu unterstützen, ein Bleiberecht zu erhalten. Für die Betroffenen ist oft nicht klar, auf welcher Rechtsgrundlage die Duldung erfolgt und ihr Leben ist von vielen Einschränkungen betroffen.

Im Rahmen des Modellprojektes „Wege ins Bleiberecht (WIB)“ hatte der Flüchtlingsrat u. a. mit der Stadt Hannover einen Kooperationsvertrag abgeschlossen und zwischen Juli 2019 und Juni 2022 Geflüchtete dabei unterstützt, ein Bleiberecht zu erhalten. Bei 934 im Projekt erfassten Personen ist dies bei 386 gelungen. Dabei war eine intensive Zusammenarbeit mit den Beratungsstellen wesentlich, und es ging außer um das Bleiberecht auch um Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten.

Das Projekt ist jetzt ausgelaufen, wird aber neu gestartet. Es ist wünschenswert, dass sich diesmal mehr Kommunen, auch ländliche, an dem Projekt beteiligen.

Am 01.01.2023 wurde das Chancenaufenthaltsrecht eingeführt, das erhebliche Auswirkungen auf die Bleiberechtsregelungen hat. Wer am Stichtag 31.10.2022 seit mindestens 5 Jahren einen regulären Aufenthalt in Deutschland innehatte, hat 18 Monaten Zeit, um die Bedingungen für ein Aufenthaltsrecht nach § 25a oder §25b Aufenthaltsgesetz zu erfüllen. An eine Veränderung des Stichtages ist nicht gedacht.

Zu den Bedingungen gehören u. a. die Sicherung des Lebensunterhalts und hinreichende Deutschkenntnisse – hierzu fehlen aber oft Deutschkurse in ausreichender Zahl. Auch eine Identitätsklärung bzw. Passbeschaffung ist oft nicht möglich, wenn Herkunftsländer Dokumente nicht ausfertigen.

Die Stadt Hannover hat 1200 Personen angeschrieben, um sie auf das Chancenaufenthaltsrecht und die mögliche Beantragung hinzuweisen.

Ein neuer Kooperationsvertrag mit der Stadt Hannover soll abgeschlossen werden. Zielgruppen sind bisher nur die Personen, die unter das Chancenaufenthaltsrecht oder unter §25a des Aufenthaltsgesetzes fallen – nicht für die Personen, für die §25b gilt. Diese Gruppe sollte unbedingt noch aufgenommen werden.

TOP 6: Stand Minijob zur Unterstützung der Arbeit des Runden Tisches

Die Bemühungen des Runden Tisches um Unterstützung waren erfolgreich.

Ein Kooperationsvertrag mit der Landeshauptstadt wird zeitnah abgeschlossen.

Organisatorische Arbeiten, Verwaltungstätigkeiten, Öffentlichkeitsarbeit etc. werden durch die LHH übernommen.

Beginn der Maßnahme: 01.07.2023

TOP 7: Berichte aus den AGs

Die „AG Unterbringung“ hat getagt und berichtet:

Insgesamt ist die Obdach- und Flüchtlingssozialarbeit in der Stadt Hannover im Vergleich zu anderen Kommunen gut aufgestellt. Unter anderem unterstützen sich Betreibende und städtische Mitarbeiter*innen nach Kräften.

Es gibt aber belastende Rahmenbedingungen, z. B.:

- Vertragslaufzeiten von 3 Jahren sind zu kurz. Fachkräfte müssen um ihre Jobs bangen, häufiger Betreiberwechsel führt zum Abbruch von Beziehungen
- Privatwirtschaftliche, fachfremde Betreiber drängen zu Dumpingpreisen auf den Markt, sorgen nicht für Qualität. Beim Betreiberwechsel sollte es Leitvorgaben geben.
- Einige Betreiber zahlen Gehälter unterhalb der Sätze des TVÖD.

- Wachdienste werden aus Kostengründen tagsüber abgeschafft

Frage an alle Mitglieder des Runden Tisches:

Sollten für die Wachdienste Seminare zur Stärkung ihrer „Interkulturellen Kompetenz“ vorgesehen werden? Sind auf diese Weise Mängel auszugleichen?

Rückmeldungen bitte an den Lenkungskreis.

TOP 8: Berichte aus den Fraktionen

Keine Berichte

TOP 9: Verschiedenes

Nach wie vor sind die Wartezeiten bei der Ausländerbehörde der Stadt Hannover bzw. der Einbürgerungsstellen unzumutbar lang - manchmal ein Jahr.

Die Problematik ist seit Jahren bekannt und wird kritisiert, es hat sich nichts verändert.

Beschluss:

Zu einer der nächsten Sitzungen wird ein Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin der Ausländerbehörde eingeladen. Die AG Unterbringung wirkt bei der Vorbereitung der Fragestellungen mit.

Dieter Räger